

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 6

Artikel: Die Theoretiker des Bundesrates
Autor: Hunziker, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332445>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

läßt's bei einigem Lärm in der Presse bewenden und ermuntert so die kapitalistischen Parteien, auf ihrem Wege rücksichtslos weiter zu schreiten. Ich wiederhole als sehr zeitgemäß, was ich in meiner Broschüre »Hütet euch am Morgarten« schrieb: »Der Monopolkapitalismus und sein faschistischer Landsknecht (die kapitalistischen Parteien sind nicht besser) dulden *nichts* neben sich, sie beanspruchen das Monopol der Wirtschaft und Politik. Die Sozialdemokratie kann nur eines: Indem sie aus dem gewaltigen geschichtlichen Geschehen, das den Niedergang des Kapitalismus begleitet, ihre historische Mission erkennt, hat sie in der Gegenwart den *Kampf für den Sozialismus* aufzunehmen. Ihre Politik muß von zwei Gesichtspunkten beherrscht sein:

1. Sie muß die Arbeiterklasse durch den Hinweis auf die auch für die Schweiz geltenden Gesetze der kapitalistischen Entwicklung überzeugen, *daß es mit dem langsamen sozialen Fortschritt im Rahmen des bürgerlich-demokratischen Staates und mit der relativen Sicherheit der Existenz für das arbeitende Volk vorbei ist.*

2. Sie darf nur von dem einen Gedanken geleitet sein, unter *allen* Umständen und ohne Rücksicht auf andere als klassenpolitische Bedenken für die *Lebensinteressen aller Schichten des arbeitenden Volkes* zu kämpfen.

Das ist erstes Gebot der Stunde! Die Beratungen und das Ergebnis des Finanzprogrammes haben diese Erkenntnis bestätigt und vertieft. Möge die Sozialdemokratie daraus ihre Schlüsse ziehen. Es geht dabei auch um ihre Existenz als *Führerin* der werktätigen Massen. So wächst sich für sie der Kampf gegen die kapitalistische Sanierung der Bundesfinanzen zu einem *Kampf des werktätigen Volkes um eine Erneuerung von Wirtschaft und Staat* im Sinne des Planes der Arbeit aus. Eine andere Lösung gibt es nicht!

Die Theoretiker des Bundesrates

Von Alfred Hunziker.

Der Kampf um den Abbau der Löhne und Preise ist in eine neue Phase getreten: Das Kapital hat den allgemeinen, mindestens 20prozentigen Abbau auf allen Gebieten der Wirtschaft aufgegeben und sich für den Abbau in Etappen entschieden. Inhalt des Finanzprogramms und die Art seiner Behandlung in den eidgenössischen Räten zeigen, daß im wesentlichen die erste Etappe des Abbaus für das Kapital gewonnen ist. Wenn wir einen weiteren Erfolg des Gegners auf dieser Linie verhindern wollen, dann entsteht die Frage: Wie wird es weiter gehen? Wo wird der kapitalistische Angriff einsetzen?

Eine zuverlässige Beantwortung dieser Frage wird uns durch eine jüngst erschienene Schrift der Professoren Paul Keller (St. Gallen) und E. Böhler (Zürich) über »Krisenbekämpfung« erleichtert, die den Untertitel »Grundlagen eines positiven Programms für die Schweiz« trägt.

In ihr wird vom Standort der bürgerlichen Wissenschaft der kapitalistische Weg zur Bekämpfung der Krise gezeigt.

Die Verfasser setzen sich zur Aufgabe, die ausländischen Versuche zur Bekämpfung der Krise darzustellen und ihre Wirkungen aufzuzeigen. Die so gewonnenen Ergebnisse sollen zur Aufstellung eines »positiven Programms« genutzt werden. Ein genauer Vergleich aber zeigt, daß die ausländischen Erfahrungen nur in einem ganz lockeren Zusammenhang stehen zu den gemachten positiven Vorschlägen für die Schweiz. Wir halten uns deswegen für berechtigt, den sich mit dem Ausland beschäftigenden Teil außer Betracht zu lassen, unser Augenmerk auf ihr Urteil über die »generelle und differentielle Kostensenkung« in der Schweiz zu richten. Was ist hier zu finden?

Vom kapitalistischen Standpunkt ausgehend, ist die Ueberwindung der Krise für die Verfasser nur möglich, wenn die Kapitalanlage wieder rentabel wird. Dies setzt voraus, daß der große Unterschied zwischen Preisen auf dem Markt und Kosten im Betrieb beseitigt wird. »Da alle Methoden der künstlichen Preis- oder Einkommenshebung auf die Dauer versagen, so bleibt grundsätzlich die Kostensenkung der einzige Weg, um über den toten Punkt hinauszukommen.« Doch dieser Abbau ist nur erfolgreich innerhalb »bestimmter Grenzen und unter bestimmten Voraussetzungen«. Diese sind: Die »Anpassung« muß kontinuierlich erfolgen, sich gleichmäßig über die ganze Wirtschaft erstrecken; sie darf nicht über einen gewissen Punkt sinken, so daß die Vermögensverluste durch die Reserven noch gedeckt werden können; der Kostensenkung muß innerhalb einer bestimmten Zeit eine Umsatzbelebung, eine Vermehrung der Nachfrage und Steigerung der Produktion folgen, so daß die gesunkenen Einkommen durch erhöhte Kaufkraft die gleiche oder noch steigende Warenmenge erwerben können. Diese drei Voraussetzungen bestehen aber heute in der Schweiz *nicht*, da die heutige Krise einen »ändern Charakter« angenommen hat, was sich in zwei Momenten zeigt. Es ist einmal »eine zunehmende Ungleichheit der internen Kostenstruktur zwischen den verschiedenen Ländern und damit auch zwischen den Exportindustrien und den Inlandsgewerben innerhalb der Länder eingetreten«. Dazu kommt als zweiter Punkt, daß in einer »großen Anzahl von Staaten der Preisabbau nicht nur durch Kostensenkung, sondern durch Währungsabwertung vorgenommen wurde, wodurch die internationalen Kostenunterschiede noch weiter verschärft wurden«. Aus diesen Gründen ziehen die Verfasser den Schluß: Das Problem der Kostensenkung hat einen völlig *veränderten Charakter* angenommen. Die für den inländischen Markt arbeitenden Betriebe erzielen einen Gewinn, würden durch eine Kostensenkung verlieren; bei der Exportindustrie aber genügt nicht eine Kostensenkung, sondern da muß noch eine weitere Senkung der Preise eintreten, wobei die Differenz viel größer ist als in allen früheren Krisen. Im Falle der Schweiz wären nicht allein »die nicht gesunkenen Preise und Einkommen den gesunkenen wieder anzupassen, sondern das *gesamte* Preis- und Einkommensniveau zu senken, um auf diese Weise die Exportwirtschaft wieder konkurrenzfähig zu machen«.

Kann man bei der jetzigen Struktur der Weltwirtschaft die Kostensenkung vornehmen? Sind die Nachteile kleiner als die erwünschten Vorteile? Gelangt man auf diesem Wege überhaupt zum Ziel? Die Verfasser stellen sich diese Fragen und — *verneinen* sie. Bei der jetzigen weltwirtschaftlichen Lage, bei der fehlenden stabilen Währung, den Zollmauern und Einfuhrbeschränkungen, vermag »ein radikaler Kostenabbau im Innern den Umfang des internationalen Handels nicht wesentlich zu steigern«. Damit wird zugestanden: *Unsere Exportindustrie würde ihre Ausfuhr bei dem radikalsten Abbau nicht nennenswert steigern können. Die Verfasser geben hier die bisherige kapitalistische Position als verloren preis.*

Weiter sind die Nachteile größer als die Vorteile: »Wenn die zu überbietende Kostendifferenz sehr groß ist, zum Beispiel 20 Prozent oder mehr, und auf einmal beseitigt werden soll, so besteht die Gefahr, daß die ganze Kontinuität der Wirtschaft zerstört, die einmal aufeinander eingespielten Faktoren auseinandergerissen werden, *daß insbesondere die Vermögenswerte in ein unerträgliches Mißverhältnis zu den Schulden geraten*, die Erträge und Einkommen zurückgehen, ohne daß die Kosten und Preise entsprechend sinken.« Dieser lange Satz wird durch eine Reihe von Berechnungen erhärtet, die alle beweisen, daß eine 20prozentige Senkung der Löhne nur eine Preissenkung von 7 bis 10 Prozent bewirken würde, womit aber das ausländische Preisniveau noch nicht im entferntesten erreicht ist. *Bei einem allgemeinen Abbau sehen die Verfasser eine »Verschärfung der Krise um mindestens ein bis zwei Jahre voraus«, ohne damit der Exportindustrie auch nur eine wesentliche Hilfe gebracht zu haben.*

Mit diesen Darlegungen wird die bisherige Position des Kapitals im Kampfe gegen die Krise als unhaltbar preisgegeben. Die entscheidende Frage lautet: Was setzen sie an deren Stelle? *Die »differentielle Kostensenkung«.*

Bei ihrem »positiven Programm« gehen die Verfasser von der Feststellung aus: »Jedes Programm der Krisenbekämpfung, das Erfolg haben will, muß daher eine Kombination von Anpassungsmaßnahmen und von konstruktiven Maßnahmen bilden, die gleichzeitig zur Anwendung gelangen.« Beginnen wir mit den Abbauvorschlägen: Ihr Ziel ist »das Kostenniveau in der Schweiz dem der wichtigsten Konkurrenzländer soweit anzunähern, daß ungefähr das Verhältnis wieder erreicht wird, das vor der Krise bestanden hat«. Welche Mittel sollen uns nun zu diesem Ziel hinführen?

An erster Stelle wird eine *Wiederherstellung des Gleichgewichts* beim ordentlichen *Budget des Bundes* gefordert. Um dies zu erreichen, wird die »stufenweise Annäherung der Gehälter an die Kaufkraft des Jahres 1929« vorgeschlagen. Dazu soll eine »rücksichtslose Beschneidung der nicht lebenswichtigen Subventionen« kommen, die mit einem Abbau des Verwaltungsapparates zu kombinieren sei. Neue Steuern auf das Kapital werden abgelehnt und unterstrichen, daß die »Einnahmen für die Ausgaben maßgebend sein müssen«. *Wir haben hier also*

in den wesentlichen Zügen das gegenwärtige Finanzprogramm, die erste Etappe des Abbaus!

Als zweiter Schritt wird die *Sanierung der Bundesbahnen* bezeichnet, wobei auch hier der Gehaltsabbau im Vordergrund steht! Dann soll das Verkehrsteilungsgesetz wieder aufleben, wobei die Vorteile für die privaten Autobesitzer noch wesentlich größer sein sollen. Die bisherige Reorganisation — wie Abbau der Angestellten usw. — soll in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden. Hier haben wir die zweite Etappe des Abbaus!

An dritter Stelle wird ein *allgemeiner Abbau der Gehälter und Löhne* gefordert. In dieser Frage sind die Verfasser außerordentlich einseitig. Es wird nicht gesagt, ob bei diesem Abbau die Exportindustrien ausgenommen sein sollen, noch wie hoch die geplante Senkung des Einkommens der Werktätigen berechnet sein soll. Man beschränkt sich auf einige allgemeine Floskeln, wonach die »Lohn- und Soziallasten in einem gesunden Verhältnis zur Tragfähigkeit jener Wirtschaftseinheiten stehen müssen, die sie aufzubringen haben«. Das heißt, deutlich ausgedrückt, daß dem Abbau von Lohn und Gehalt überhaupt keine Grenzen zu setzen seien!

Natürlich wird auch ein *Abbau der Subventionen* als unerlässlich bezeichnet, wobei nicht nur eine Herabsetzung vorgesehen ist, sondern die Gewährung der Subventionen überdies von »Anpassungsleistungen« abhängig zu machen sei. »Der staatliche Schutz muß den Nutznießern mit solchen Auflagen gewährt werden, daß er ihnen verleidet wird und sie ihn deshalb nur benutzen, wenn sie mit eigenen Anstrengungen nicht auskommen.« Der Zoll- und Kontingentschutz darf nur gewährt werden, wenn sich daran eine Kontrolle über die Preise und Gewinne der geschützten Unternehmen anschließt. Dabei ist zu bedenken, daß diese Preis- und Gewinnkontrolle nicht eine Steigerung verhindern, sondern eine Rationalisierung oder eine Senkung der Preise erzwingen will. Was für einen Sinn haben aber dann noch Subventionen? Vor allem: Wie tief muß die Preissenkung bei den landwirtschaftlichen Produkten gehen?

Bei all den bis jetzt genannten vier Punkten soll ein eindeutiger Abbau erfolgen. Nur bei der *Preissenkung* lassen sie eine Differenzierung zu. Die Preise sollen in dreifacher Weise gedrückt werden. Einmal soll eine Steigerung der Leistungen bei gleichen Preisen erzwungen werden. Dies aber geht vor allem nur durch Rationalisierung, die teilweise wieder zur Entlassung von Arbeitern führt, die Arbeitslosigkeit also erhöht. Dann muß die »Anpassung bei denjenigen Preisen und Einkommen einsetzen, die bisher die größte Starrheit gezeigt haben«. Dabei ist vor allem wieder an die Löhne und Gehälter der Angestellten von Kantonen und Gemeinden gedacht! Man braucht natürlich nicht zu erwähnen, daß die Verfasser nicht an eine Senkung der Dividenden und Tantiemen gedacht haben — »überhöhte Einkommen« gibt es für sie nur bei der Arbeiterschaft! Auch vergessen sie zu sagen, wie die »Elastizität des Preissystems« bei all den Monopolen durchgeführt werden soll, die nicht oder nicht vorwiegend durch staatlichen Schutz entstanden sind.

Das Wort »Kartellkontrolle« kommt auf keiner der 200 Seiten starken Schrift vor! Damit wird klar, wie ernst es die Verfasser mit dem Kampf gegen die Monopolpreise meinen.

Vor allem aber sollen »bei der Kostensenkung in erster Linie diejenigen Erwerbszweige berücksichtigt werden, die im Aufschwung eine Schlüsselstellung einnehmen, weil sie gewöhnlich den Aufschwung am frühesten mitmachen«. Als solche Zweige werden das Baugewerbe genannt, dann auch eine starke Preissenkung der »Motorisierung« empfohlen. Hier sieht man, daß die Verfasser eine völlig unzulängliche Vorstellung von dem Charakter der gegenwärtigen Krise haben. Wie kann man erwarten, daß die Bauindustrie diesmal den Aufschwung einleiten sollte, nachdem sie bis im vergangenen Jahre eine Sonderkonjunktur erlebte? Wie kann man eine starke Motorisierung und damit Rationalisierung empfehlen, wenn allgemein feststeht, daß der technische Produktionsapparat schon heute zu groß für die vorhandene Nachfrage ist? Gerade diese beiden Vorschläge zeigen, daß man erneut eine Kapitalfehlleitung vornehmen will! Interessant ist aber, daß die Vorschläge in bezug auf das Baugewerbe völlig nebelhaft sind. *So wird die Mietpreissenkung zwar als notwendig bezeichnet, aber mit soviel Einschränkungen versehen, daß sie effektiv unmöglich werden muß!*

Nicht viel besser steht es mit der »freiwilligen Zinssenkung«. Auch hier wird das Prinzip anerkannt, *doch die tatsächliche Senkung von — Subventionen an die Banken abhängig gemacht!* Man sieht, gerade die entscheidenden Vorschläge der Verfasser, die auf privatem Wege die Krisenüberwindung ermöglichen sollen, sind völlig unzulänglich!

Zu erwähnen ist auch, daß die Verfasser eine entscheidende *Kürzung der Handelsspanne* vorschlagen, sich mit aller Energie gegen eine Geschäftseinschränkung der Warenhäuser und Filialgeschäfte wenden. Dem Detailhandel empfehlen sie energische Rationalisierung und verbandspolitischer Zusammenschluß, wobei eine Verbindlicherklärung von Verbandsbeschlüssen energisch verworfen wird! — So nebenbei werden noch Vorschläge zur *Unterbindung des Zuzugs von Arbeitskräften in die Städte*, ein *Abbau der sozialen Einrichtungen in den Städten*, ein *Abbau zu teurer kommunaler Industrien* usw. verlangt. Wenn wir diesen Abbau auf 10 Gebieten, den wir kurz zusammenstellten, kritisch prüfen, dann ergibt sich: Da, wo der Reallohn der Werktätigen entscheidend beeinflußt wird, da erfolgt entweder ein allgemeiner Abbau der Löhne oder eine »Mietsenkung«, die nur auf dem Papier steht! Für das Volk ein allgemeiner Abbau — für das Kapital ein differenzierter Abbau und vor allem Millionengeschenke!

Damit kommen wir zu den »konstruktiven Vorschlägen« der Verfasser, die mit den Abbauvorschlägen verbunden werden sollen. Da steht im Vordergrund eine — *Stützung der Banken!* Um einen gut funktionierenden Kreditapparat zu sichern, müsse der gegenwärtig stagnierende Kapitalmarkt aufgelockert werden. Das aber setze voraus, daß der »schweizerische Bankapparat als Ganzes funktionsfähig« sei. Da nun gegenwärtig »unser Bankwesen als Reservoir neuer Kredite und als Anreger der nationalen Wirtschaft fast ganz ausfalle«, *so müßte eine*

Sanierung der Banken vorgenommen werden! Die Verfasser wollen »die Wiederherstellung der Liquidität des schweizerischen Banksystems durch Herausnahme oder Sicherstellung der eingefrorenen Kredite und deren Ersetzung durch flüssige Mittel«. Diese eingefrorenen Kredite sollen in »ein besonderes Institut eingebracht werden und die Banken dafür Papiere des neuen Instituts erhalten«. Was aber tun die Banken mit den neuen Papieren? Für sie werden sie erst zu flüssigen Mitteln, wenn zwei Vorschläge der Verfasser durchgeführt werden. Erstens ist dies »eine Staatsgarantie für die neuen Papiere«; zweitens ist dies eine »Rediskontierung dieser Papiere durch die Nationalbank«. Da haben wir's: Für die Banken ist alles erlaubt! Da muß der Staat nicht seine Hand abziehen, da darf er keine Kontrolle üben, sondern da muß er sich für die Verfehlungen der Banken verpflichten, das ganze Risiko übernehmen und zugleich noch die Nationalbank zwingen, daß sie so eine kleine Inflation macht. Denn die Nationalbank könnte diese neuen Papiere nur beleihen — mit Schöpfung neuer Banknoten, was eine Vermehrung der Zahlungsmittel, eine kleine Inflation darstellt!

Hat man den Banken das Milliardengeschäft gewährt, dann müßten diese eine »Gegenleistung« vornehmen, in dem »die begünstigten Institute gleichzeitig den Abbau des übersetzten Bankapparates dadurch bewerkstelligen, daß die nicht mehr lebensfähigen Institute von den lebensfähigen übernommen werden«. Eine famose »Gegenleistung«! Man nimmt aus den Banken die eingefrorenen Kredite heraus, beseitigt so mit Staatsmitteln die Gefahr des Zusammenbruchs und »fordert« dann von den Großen, daß sie die kleinen Banken aufsaugen. Wer zweifelt daran, daß die Großbanken sich dieser »Gegenleistung« mit Freuden unterziehen?

Haben sich die Banken durch die Verschuldung des Staates gesund gemacht, dann ist vielleicht eine »vorsichtige Entschuldung« der ohne eigenes Verschulden bedrohten langfristigen Schuldner vorzunehmen. Dann kann man vielleicht auch eine freiwillige Zinssenkung erlangen, dann ist vielleicht auch eine Kündigung von Hypotheken gesunder Hypothekarschuldner zu verhindern. Doch all dies wird nicht als »Gegenleistung« gefordert, *sondern in das Belieben der Banken gestellt*, die sich dann für solche »Opfer« natürlich bezahlen lassen. Fürwahr, besser als die beiden Professoren könnten Angestellte der Großbanken deren Interessen auch nicht vertreten!

Die zweite »konstruktive« Maßnahme der Verfasser besteht aus einer *Subventionierung der Exportindustriellen*. Die Exportpreise sollen noch weiter gesenkt werden, wobei der Staat, das heißt der Steuerzahler, die Senkung zu tragen hätte. Die Mittel zur Subventionierung des Exports sollen entweder durch eine neue »Importsteuer« — zu all den bestehenden Zöllen! — oder aber durch Anleihen des Staates aufgenommen werden. Zu diesem letzten Zweck wird verblümt vorgeschlagen, *daß neben dem ordentlichen Budget des Bundes noch ein außerordentliches errichtet werden sollte, in dem dann die Subventionen für Banken und Exportindustrielle zu bilanzieren seien*. So wahrt man das »Gleichgewicht der Staatsfinanzen«! — Die Subventionierung der Exportindu-

striellen soll in der Form der »produktiven Arbeitslosenfürsorge« vorgenommen werden, deren Höhe sich nach den »ausbezahlten Lohnsummen« richten soll. Auch dies ist wieder typisch großkapitalistisch. Die großen Werke haben natürlich die höchsten Lohnsummen und bekämen danach auch die größten Subventionen. Interessant ist, daß hier die Bedürftigkeit bei der Gewährung von Subventionen nicht verlangt wird. Als »Gegenleistung« ist nur eine Erhaltung der bisherigen technischen Forschungsarbeit und ein Zusammenschluß der Exportfirmen beim Kampf auf dem Auslandsmarkt erwähnt. Als Abschluß wird noch eine »Errichtung eines Exportfinanzierungsinstitutes zur Deckung des kurz- und mittelfristigen Finanzierungsbedarfs der Exportindustrie unter Beteiligung des Bundes und der Privatbanken« gefordert.

Was hilft die Preissenkung? Wird sie die Ausfuhr steigern? Diese Frage, welche die Verfasser bei dem generellen Preisabbau verneint haben, wird jetzt nicht mehr aufgeworfen. Die Gründe liegen auf der Hand: *Man will einfach das bisherige System umkehren, jetzt soll die Binnenwirtschaft für die Außenwirtschaft bluten! Ob dies aber nicht zu einem Ausverkauf der Schweiz ans Ausland führt, wird nicht untersucht, weil man diese Frage bejahen müßte und damit die ganzen »konstruktiven Maßnahmen« ins Wasser fielen!*

In dieser Subventionierung der Bankiers und Exportindustriellen erschöpft sich das »positive Programm« der Verfasser. Die Arbeitsbeschaffung wird zwar erwähnt, aber als »teurer und wenig produktiv« im wesentlichen abgelehnt. Man will dagegen die Auswanderung aus der Schweiz stark fördern — womit man indirekt zugesteht, daß man der Lösung des schweizerischen Wirtschaftsproblems unfähig gegenübersteht!

So entpuppt sich die Arbeit von Keller und Böhler als — ein Irrweg, der die Schweiz in den Abgrund führt. Der Abbau wird als »allgemeiner Abbau« zur Tür hinaus gejagt, als »differentieller Abbau« zum Fenster wieder hereingelassen. Im Grunde besteht die ganze Modifikation der bisherigen kapitalistischen Position in der Wirtschaftspolitik nur darin: *Abbau fürs Volk und die Kapitalisten der Inlandindustrie, Milliarden-geschenke an die Großfinanz und das Großkapital!* Das Resultat ist auch hier vorauszusehen: Der Inlandmarkt wird ruiniert, die jetzt beschäftigten Industrien gehen »kontinuierlich« zugrunde, während auf der andern Seite auch die größte Schmutzkonkurrenz im Ausland nicht den Export wesentlich heben, die Krise von dieser Seite aus nicht beseitigt werden kann.

Dabei werden die Verfasser in eine Reihe von Widersprüchen verwickelt. Sie wollen den Abbau der staatlichen Einmischung und wälzen dem Staat die ganzen Krisenlasten der Banken und Exportindustrien auf, verlangen eine weitgehende staatliche Kontrolle für die geschützten Industrien, bezeugen so, wie der auch von ihnen verhimmelte Privatkapitalismus ohne die Stützen des Staates, ohne die Schröpfung der Werktätigen zugunsten des Kapitals, mittels der staatlichen Gewalt, nicht mehr lebensfähig ist. Wenn es ihnen um das Wohl der Schweiz und nicht um die Erhaltung der kapitalistischen Vorherrschaft ginge, dann

müßten sie zur Verwerfung des heute flickhaften Staatskapitalismus kommen und sich mit der Arbeiterschaft für eine die ganze Wirtschaft umfassende Planung einsetzen. Gerade die Arbeit von Böhler und Keller in ihrer Unzulänglichkeit beweist: Wer die wirtschaftliche Existenz der Schweiz in der Zukunft erhalten will, der muß sich für einen Plan der Arbeit einsetzen!

Doch nicht nur im Problem Privat- oder Staatswirtschaft versagen die Verfasser. Sie bauen ihr ganzes Werk auf einer Illusion auf: Konjunktur und einheitlicher Weltmarkt in der früheren Form kehren wieder?! Sie gestehen zu, daß ihre Subventionierung der Banken und des Exports, ihre »differentielle Kostensenkung« auf drei Voraussetzungen beruht. All ihre Vorschläge können nur gelingen, wenn es bald wieder eine die ganze Weltwirtschaft umfassende Konjunktur, wenn es bald wieder eine Weltwährung, wenn es bald wieder einen alle Zollmauern beseitigenden Weltmarkt gibt, wo Preis und Qualität entscheiden. Aber gerade die eigenen Untersuchungen über die Krisenmaßnahmen des Auslandes sollten ihnen gezeigt haben: *Alle Schritte gehen in der entgegengesetzten Richtung.* Sie laufen alle auf die Schaffung nationaler Konjunkturen, auf die Bildung reiner Binnenwährungen, auf die Sicherung nationaler Märkte hinaus. Wer nicht phantastischen Gebilden der Vergangenheit nachjagt — und das tun die bevorzugten Ratgeber von Industrie und Bundesrat! —, der muß erkennen: Nationale Märkte, nationale Konjunkturen, reine Binnenwährungen sind nicht mehr zu beseitigen! Es gibt keine Macht der Welt, die die einzelnen Länder zwingen könnte, ihre bisherigen Schutzmaßnahmen niederzureißen, sich Hals über Kopf in einen neuen Krisenstrudel zu werfen. Aus dieser Tatsache ergibt sich auch die Zielsetzung für die gegenwärtige und kommende Wirtschaftspolitik der Schweiz. Die Verbindungen zwischen den sich abkapselnden Nationalwirtschaften müssen auf einer neuen Grundlage erneuert werden: Nicht Beseitigung der Handelshindernisse, sondern gegenseitige Anerkennung der faktisch bestehenden Außenhandelsmonopole und deren Fortbildung zu einem geregelten Warenaustausch, der Schleuderkonkurrenz und Ruinierung ausländischer Industrien ausschließt. Genau so auf dem Währungsgebiet: Auch hier staatliche Fixierung des Wechselkurses, Ausschließung der Währungsspekulation als Konkurrenzmittel zwischen den Staaten. Und so auf allen Gebieten, vor allem des Austausches von Arbeitskräften usw.! Gewiß, die Schweiz kann nicht viel tun, um dieses Ziel internationaler Vereinbarungen, einer staatlich geregelten Weltwirtschaft zu verwirklichen. Was sie aber tun kann, ist dies: Sie muß sich vor einer falschen Zielsetzung ihrer Wirtschaftspolitik hüten, nicht vergangenen Zuständen nachjagen, sondern die realen Möglichkeiten ins Auge fassen und sich in ihrer Wirtschaftspolitik darauf einstellen!

Das allein ist Wiederaufbau — die Politik des Bundesrates und seiner Professoren führt zur Vernichtung der Schweiz!